

(Horst Radtke [SPD])

(A) Wir haben im Lande bisher nur Zustimmung gefunden.

Ich gebe Ihnen ja recht, daß der erste Entwurf, der Referentenentwurf aus dem Ministerium, nachgebessert werden mußte. Wir haben das getan, und wir haben das heute so zu verabschieden.

Wenn die Krankenhauspolitik im Lande Nordrhein-Westfalen gelitten hat, dann nicht unter unserer Politik und der Politik der ehemaligen Gesundheitsminister dieser Landesregierung, sondern sie hat unter der Wackelpolitik der alten Bundesregierung gelitten, Herr Kollege Arentz und meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Ihr Vorschlag zum § 19, den wir mit Sicherheit nicht annehmen werden, ist ein Freibrief zum Geldausgeben. Ich sage Ihnen: Sie haben bisher immer - und Sie werden es auch morgen wieder tun - unsolide Vorschläge zur Sparpolitik in diesem Lande gemacht. Denen können wir nicht zustimmen, und deshalb können wir auch diesem Vorschlag nicht folgen.

Auch Krankenhäuser im ländlichen Bereich, kleine Krankenhäuser in unserem Lande können nach dem neuen Gesetz wirtschaftlich arbeiten, Herr Kollege Arentz. Sie sollen und sie müssen es tun. Dazu gehört Kooperation, dazu gehört Fusion, und dazu gehört auch das Springen über den eigenen Schatten. Das verlangen wir mit diesem neuen Gesetz, und wir glauben, damit auf dem richtigen Weg zu sein. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Meine Damen und Herren, die Redezeiten sind erschöpft. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur **Abstimmung**. Ich lasse zunächst über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 12/3566** abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Wir stimmen nun über den **Gesetzentwurf** ab. Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge

empfiehlt in seiner **Beschlußempfehlung Drucksache 12/3525**, den Gesetzentwurf mit den vom Ausschuß beschlossenen Änderungen anzunehmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Lesung mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **verabschiedet**. (C)

Ich rufe auf:

### 3 Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder - GTK -

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 12/3271

Beschlußempfehlung und Bericht  
des Ausschusses für Kinder, Jugend  
und Familie  
zur zweiten Lesung  
Drucksache 12/3488

Entschließungsantrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 12/3509

dritte Lesung (D)

Die heutige dritte Lesung des Gesetzentwurfs findet auf Antrag der CDU gemäß § 81 unserer Geschäftsordnung statt. Die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie zur zweiten Lesung bildet auch heute die Beratungsgrundlage, weil nach der zweiten Lesung keine weitere Sitzung des Ausschusses stattgefunden hat.

Außerdem werden in die Beratungen der **Entschließungsantrag** der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **Drucksache 12/3509** und der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU **Drucksache 12/3605** einbezogen.

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Flessenkemper das Wort.

**Bernd Flessenkemper (SPD):** Verehrte Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! "Die plurale und bedarfsgerechte Kindergartenlandschaft in Nordrhein-Westfalen sichern", so steht es über dem gemeinsamen Antrag Drucksache

(Bernd Flessenkemper [SPD])

- (A) che 12/3509 der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Diese Überschrift könnte auch als Ziel über dem Gesetzentwurf der Landesregierung sowie der Arbeit der Steuerungsgruppe stehen, die sich neben dem Ministerium aus der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege und der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände zusammensetzt.

Wie das Ziel, insbesondere unter Einbeziehung der Forderungen unseres gemeinsamen Antrages, erreichbar ist, das haben wir in zweiter Lesung in der vorherigen Plenarsitzung ausführlich dargestellt. Insoweit hätten wir schon damals die Novelle abschließend beraten können. Die letzten Wochen sind zwar genutzt worden, um von den verschiedenen Seiten nochmals Sorgen und Befürchtungen vorzubringen, aber von der CDU sind weder neue Argumente noch neue Lösungen vorgetragen worden. Mit der Durchsetzung der dritten Lesung hat die CDU den Betroffenen suggeriert, es gebe noch erhebliche Änderungsmöglichkeiten.

- (B) Wie sieht das nun in der Praxis aus? Wir erhalten gestern, also mit Datum vom 15.12.1998, einen Änderungsantrag der CDU, der sich mit den ersten acht Spiegelstrichen an Bewertungen arbeitet, die wir so überhaupt nicht mittragen können. Des weiteren enthält dieser Änderungsantrag Stellungnahmen beziehungsweise Forderungen.

Die erste Forderung besteht darin, Finanzierungen zu erhöhen. So einfach macht es sich die CDU!

Die zweite Forderung besteht darin, die Blocköffnungszeiten nicht in die Experimentierklausel einzubeziehen. So einfach macht es sich die CDU! Wir haben schon in der vorherigen Sitzung dargelegt, daß wir mit einer solchen Regelung, wie sie von Ihnen gewünscht ist, möglicherweise die Tagesstätten gefährden würden, und das ist nicht unser politisches Ziel.

Des weiteren ist von Sanierungskosten die Rede. Das ist ein untergeordneter Punkt, den wir ebenfalls schon in unserem Antrag aufgegriffen haben. Es geht um die Beteiligung von Eltern, Erzieherinnen und Familienverbänden. Auch das ist bereits in unserem Antrag vollzogen worden.

Außerdem geht es um die Investitionskosten. Auch das finden Sie bereits in unserem Antrag. Darüber hinaus geht es um Spielgruppen oder die Tagespflege. Das ist ein Punkt, an dem wir deut-

lich gemacht haben, daß wir ihn an anderer Stelle diskutieren und entscheiden werden. (C)

Insgesamt bringt der CDU-Antrag also nichts Neues. Aber Sie wollten offensichtlich auch nicht über diese Ihre politischen Forderungen diskutieren. Das ist der einzige Schluß, den man daraus ziehen kann, daß Sie diesen Antrag erst gestern vorgelegt haben. Sie wollten überhaupt nicht den parlamentarischen Raum für Diskussionen nutzen und haben es versäumt, beispielsweise in der letzten Ausschußsitzung über das, was aus Ihrer Sicht notwendig wäre, zu diskutieren, um eine dritte Lesung zu rechtfertigen. Sie haben überhaupt nicht das Thema angesprochen. Wie gesagt, Ihre einzige Aktivität hat sich darauf beschränkt, zwischen der zweiten und dritten Lesung diesen Entschließungsantrag einen Tag vor der Plenarsitzung einzubringen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Das ist das, was Sie geleistet beziehungsweise - so müßte man besser sagen - nicht geleistet haben.

Damit wollen Sie von der CDU - das muß man ganz deutlich nach außen als Botschaft kenntlich machen - offensichtlich Erzieherinnen und Eltern für Ihre politischen Interessen vereinnahmen, ohne jedoch deren Interessen ernsthaft durchsetzen zu wollen. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Unsere Position lautet: Die SPD unterstützt die Gesetzesnovelle der Landesregierung, ergänzt durch die Forderungen unseres Antrages, weil damit die plurale Struktur der Kindergärten im Lande bedarfsgerecht abgesichert wird, weil die Schließung und Umwandlung von Einrichtungen verhindert wird, weil die soziale Staffelung der Elternbeiträge beibehalten werden kann, weil die pädagogische Qualität nach wie vor gewährleistet wird, weil die Personalanpassung - ich sage es, wie bereits in der vorherigen Sitzung, noch einmal in aller Deutlichkeit - über gewünschte Teilzeit sowie über Verlagerung in andere Einrichtungen und über Fluktuation erzielt wird, weil damit betriebsbedingte Kündigungen vermieden und die Sorgen der Erzieherinnen aufgegriffen werden können, weil wir bedarfsgerechtere Angebote für Eltern, insbesondere auch für Alleinerziehende, ermöglichen können und weil diese im Rahmen der Experimentierklausel zügig umgesetzt werden können.

(Bernd Flessenkemper [SPD])

(A) Im Plenarprotokoll der vorletzten Sitzung können Sie dies alles ausführlich nachlesen und unsere vorgetragenen Argumente wiederfinden. Wir haben damals erläutert, was dies alles aus Sicht der Träger, der Eltern, der Kommunen und des Landes sowie der Erzieherinnen bringt. Sie können dort auch nachlesen, was unter diesem Aspekt die ganze Veränderung der GTK-Novelle, einschließlich der BKVO, einschließlich des Antrages, an Veränderungen für unser Land bedeutet. Dies braucht aus unserer Sicht heute hier nicht wiederholt zu werden.

Ergänzend will ich deshalb nur auf Reaktionen eingehen, die uns in den letzten Wochen auf unseren Antrag erreicht haben. Überwiegend werden die durch unseren Antrag formulierten Veränderungen und Forderungen von allen sehr positiv aufgenommen. Lediglich zu drei Tatbeständen gab es einige kritische Anmerkungen, die ich aufgreifen möchte:

(B) Erstens. Es geht um die anteilige Freistellung der Leitungskräfte, die nicht, wie vorgesehen, an einen Stichtag, sondern an die Erprobungsklausel gekoppelt werden soll. Dies macht aber Sinn. Wenn wir wirklich wollen, daß in einer Einrichtung die Öffnungszeiten flexibler gestaltet werden, dann ist dies für die Leitung der Einrichtung mit mehr Planung, mit mehr Koordination und damit mit einer erhöhten Freistellungs- und Leitungsfunktion verbunden.

Wenn der Personaleinsatz flexibler gestaltet werden soll, wenn wir mehr Teilzeit ermöglichen wollen, wenn Personalbudgetierung erfolgen soll, dann ist dies für die Leitung mit mehr Planung, Koordination und damit einer nötigen Freistellung verbunden. Wenn wir Kooperation, die Verknüpfung von Tagesstätten mit anderen Einrichtungen in Stadtteilen wollen, dann ist dies für die Leitung mit mehr Planung, Koordination und dementsprechend einer nötigen Freistellung verbunden. Dies alles macht deutlich: Die fachliche Anknüpfung der Freistellung ist nicht nur sinnvoll; vielmehr ist sie aus den genannten Gründen auch zwingend notwendig.

Gleichwohl wissen wir, daß dies nicht von heute auf morgen im Rahmen der Erprobungsklausel umgesteuert werden kann; vielmehr es muß sich entwickeln. Das liegt in der Natur der Sache. Insofern müssen Ministerium und Steuerungsgruppe einen Übergang zwischen den Betroffenen, resultierend aus der ursprünglichen Stichtagsregelung und den im Rahmen der Erprobungsklausel

Berechtigten, zulassen und organisieren, ohne damit das Gesamtergebnis zu gefährden. (C)

Zweiter Punkt. Die Personalkostenförderung bei dauerhafter Überschreitung der zum 31. Dezember 1997 ermittelten Gruppengröße ist möglich. "Dauerhaft" kann aber in diesem Kontext nur im Sinne von langfristiger, auf Dauer angelegter Überschreitung interpretiert werden. Eine mögliche Konkretisierung haben wir in der Begründung zur BKVO nachlesen können. Ob diese praktikabel ist, daran habe ich erhebliche Zweifel. Aber sicher gibt es sinngemäße praktikablere Lösungen. Auch hier setze ich auf die Steuerungsgruppe.

Dritter Punkt. Beide Regierungsfraktionen haben eine summarische Aufrechnung der Einsparungen, beginnend zum Stichtag 31. Dezember 1996, abgelehnt. Das kann auch nicht sein, weil weitere Trägerabsenkungen nur möglich und ausgeglichen werden, wenn diesen dann die Einsparungen je Haushaltsjahr, also periodengerecht, in gleicher Höhe gegenüberstehen. Gleichwohl müssen natürlich zur Bewertung des erreichten Einsparvolumens die Bezugsgrößen des Stichtages 31. Dezember 1996 zugrunde gelegt und entsprechend relativiert werden, um nicht z. B. eine deutliche Absenkung oder Erhöhung der Plätze und die damit verbundenen Auswirkungen allein schon als Sparerfolg oder Mißerfolg werten zu können. (D)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landtagsfraktion der Sozialdemokraten wird dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 12/3271, der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie Drucksache 12/3488 sowie natürlich ihrem eigenen Entschließungsantrag zustimmen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Das Wort hat nun für die CDU-Fraktion Herr Kollege Dr. Linsen.

**Dr. Helmut Linsen (CDU):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Mit der dritten Lesung zum sogenannten Kindergartengesetz schreiben wir heute das letzte Kapitel einer sicherlich sehr turbulenten Geschichte der Landspolitik der vergangenen Jahrzehnte. Nur selten

(Dr. Helmut Linssen [CDU])

- (A) zuvor hat sich eine Landesregierung im Bereich der Familienpolitik einer solch massiven Kritik gegenübergesehen wie diese rot-grüne Regierung mit ihrem Versuch einer Novellierung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder.

(Beifall bei der CDU)

Insgesamt währt die Diskussion über dieses Thema nun schon über eineinhalb Jahre. Im Laufe dieser Zeit hat dieser Landtag und haben alle Fraktionen unzählige Zuschriften von Eltern, von Erzieherinnen und Erziehern erhalten. Nahezu alle Abgeordneten haben eine Vielzahl von Diskussionen vor Ort bestritten. Und wir alle haben mehrere große Demonstrationen vor dem Landtag erlebt. Gerade gestern haben den Präsidenten des Landtags über 28 000 Unterschriften von von diesem Gesetz Betroffenen erreicht. Ich darf Ihnen einmal die Absender vorlesen: Das ist die ÖTV, die Internationale Vereinigung Waldorf-Kindergärten, der Zentralverband Katholischer Kirchenangestellter, der Bundesverband Evangelischer Erzieherinnen und Sozialpädagogen - Landesgruppen Nordrhein und Westfalen -, die Katholische Erziehergemeinschaft - Landesverband Nordrhein-Westfalen -, die Erziehergemeinschaft Siegen-Wittgenstein, der Landeselternrat KITAS.

- (B) Herr Flessenkemper, in welchem Land leben Sie eigentlich, oder welchen Realitätsverlust haben Sie, daß Sie meinen, der Gesetzentwurf wäre überwiegend positiv beurteilt worden?

(Beifall bei der CDU)

So unrecht scheinen wir wohl mit unseren Positionen nicht zu haben, wenn sich bis unmittelbar vor der dritten Lesung Demonstranten vor diesem Landtag efinden. Offensichtlich ist das Engagement gegen dieses Gesetz nicht nur bei der CDU verbreitet, sondern in weiten Teilen der Bevölkerung unseres Landes.

(Beifall bei der CDU)

Ein Blick auf das Ergebnis, welches uns heute vorliegt, zeigt: Sie, meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, haben aus all dieser Kritik nichts, aber auch gar nichts gelernt!

(Beifall bei der CDU)

Der vorliegende Gesetzentwurf und die damit zusammenhängende Betriebskostenverordnung sind kinderfeindlich, sind familienfeindlich und sind frauenfeindlich.

(Beifall bei der CDU)

(C) Ich habe selten erlebt, daß eine Landesregierung die Erziehung von Kindern und die beruflichen Nöte von Erzieherinnen so gering geachtet hat wie diese!

(Beifall bei der CDU)

16 Jahre lang, meine Damen und Herren von der rot-grünen Koalition, von der SPD, haben Sie auf jede sozialpolitische Maßnahme auf Bundesebene, den Sozialstaat auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten, mit einem Aufschrei der Empörung reagiert. Sofort haben Sie hier im Landtag eine Aktuelle Stunde nach der anderen beantragt, haben Krokodilstränen der Entrüstung fließen lassen, die an Ihren Wangen in wahren Sturzbächen hinuntergeflossen sind.

(Oh! bei der SPD)

- Erinnern Sie sich doch einmal an all diese schönen Aktuellen Stunden! Sie konnten sich mit den GRÜNEN doch immer nur auf irgendwelche Attacken gegen Bonn einigen. Zur Zukunft des Landes hat hier auf Ihren Antrag hin jedenfalls nichts stattgefunden!

(Beifall bei der CDU)

(D) Diese demonstrativ zur Schau gestellte Betroffenheit steht im krassen Gegensatz zu der Kälte, ja, ich möchte sagen: Skrupellosigkeit, mit der Sie sich über alle Bedenken von Kindern, von Eltern, von Erzieherinnen hinwegsetzen. Sie haben allein das Diktat des Kürzens zum wichtigsten Kriterium für die Zukunft der Kindergärten und Kindertagesstätten in Nordrhein-Westfalen erhoben.

(Beifall bei der CDU)

Es wirft ein bezeichnendes Licht auf den Zustand unseres Landes, wenn der Rotstift eines sicherlich überforderten Finanzministers über alle Erkenntnisse der Pädagogik siegt und der Zwang zur Haushaltskonsolidierung sich insbesondere auf die Kleinsten und Schwächsten in unserer Gesellschaft auswirkt.

(Beifall bei der CDU - Minister Heinz Schlußer: Dummes Gerede!)

Es wirft aber auch ein bezeichnendes Licht auf den Zustand dieser Koalition, wenn man sich einmal das Verhalten der GRÜNEN in dieser ganzen Angelegenheit anschaut. Der SPD kann man ja wenigstens noch eine klare, wenn auch fatale Linie bescheinigen. Die GRÜNEN aber haben sich über Monate in Totalopposition gegen dieses Gesetz, was ja im Kabinett unter Beteiligung von

(Dr. Helmut Linssen [CDU])

(A) zwei Mitgliedern der GRÜNEN beschlossen worden war, geübt. Immer wieder haben Vertreter der GRÜNEN-Fraktion den Erzieherinnen und Eltern versprochen

(Zuruf der Ute Koczy [GRÜNE])

- besonders Sie, Frau Koczy, weshalb es Ihnen vielleicht besonders wehtut! -

(Beifall bei der CDU)

man wolle den Entwurf ändern. Ohne gravierende Verbesserungen im Personalbereich würde es keine Zustimmung der GRÜNEN zu diesem Gesetzentwurf geben.

Wo sind denn diese gravierenden Verbesserungen?

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Ute Koczy [GRÜNE])

Sie sind hoffnungslos gescheitert, und vor allem ist diese Form der Doppelstrategie, die Sie in diesem Land versucht haben zu fahren, gescheitert!

(Beifall bei der CDU)

Sie sind doch in die Auseinandersetzungen um dieses Thema mit dem Versuch hineingegangen, sich als eine Art oppositioneller Leitwolf gegen die Landesregierung zu präsentieren.

(Ute Koczy [GRÜNE]: Wölfin!)

- Leitwölfin! Sie waren eine Leitwölfin.

(Ute Koczy [GRÜNE]: Sie lernen es auch noch!)

Jetzt haben Sie sich als das entlarvt, was Sie wirklich sind: das willenlose Anhängsel der SPD.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, diese Form der Willfährigkeit - dessen bin ich mir sicher - werden BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die vielen Eltern und Erzieherinnen, denen sie mit Ihren Versprechungen Hoffnungen gemacht haben, nicht vergessen. Sie werden es ihnen heimzahlen.

(Erneut Beifall bei der CDU)

Die nach dem Diktat des Finanzminister ursprünglich vorgesehene Deckelung der Ausgaben für Hort- und Krippenplätze ist nunmehr im Gesetz nicht mehr verankert. An dieser Stelle hat man den GRÜNEN ein wenig nachgegeben. Meine Damen und Herren, aber auch diese Tatsache kann

die Begeisterung meiner Fraktion für dieses Gesetz nun wirklich nicht steigern. (C)

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Pech auch! - Minister Heinz Schleißer: Was kann man bei Ihnen schon steigern?)

Auch diese Tatsache wie alle bisherigen Erfahrungen mit dieser Landesregierung lehrt uns: Zwar werden wir diese Deckelung nicht im Gesetz, aber doch in der Haushaltsrealität wiederfinden. Von daher werden wir

(Brigitte Speth [SPD]: Wer ist "wir"?)

als die einzigen, die hier im Parlament das Wächteramt offensichtlich noch wahrnehmen,

(Lachen der Brigitte Speth [SPD])

ein Argusauge auf die entsprechenden Haushaltskapitel zu richten haben.

(Brigitte Speth [SPD]: Herr Linssen, das ist billig!)

Meine Damen und Herren, die CDU-Landtagsfraktion erkennt an, daß es in den letzten Jahren gelungen ist, das Angebot an Plätzen in den Kindergärten unseres Landes auszuweiten.

(Brigitte Speth [SPD]: Hört, hört!)

Wir alle - das Land, die Kommunen, die Kindergarten Träger - haben Hand in Hand zusammengearbeitet. Durch diese gemeinsame Kraftanstrengung konnte eine fast 95%ige Versorgungsquote erreicht werden. Insofern war der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz sicherlich sehr hilfreich. Sie müssen nämlich immer in Erinnerung haben: Wir haben in Nordrhein-Westfalen 1990 bei einer Versorgungsquote von unter 80 % angefangen. Also können wir davon ausgehen, daß der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz in Nordrhein-Westfalen nahezu erfüllt ist. (D)

Daß mit dieser enormen Steigerung natürlich eine erhebliche Steigerung der Haushaltsmittel verbunden ist, ist völlig klar. Das mußte jeder wissen: Wenn der Rechtsanspruch, für den alle eingetreten sind, von der Bundesregierung kriert wird, kostet das viel Geld.

(Zuruf des Ministers Heinz Schleißer)

- Ja, der Bundestag hat das beschlossen.

Ich erinnere mich, daß Sie in der Zwischenzeit immer wieder die Tirade losgelassen haben, der

(Dr. Helmut Linssen [CDU])

- (A) Bund gebe nicht das nötige Geld mit. Der normiere einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, gebe aber das nötige Geld nicht mit.

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: He has got it!)

Ich warte auf Ihren Antrag, den Sie im Bundesrat vorlegen werden, um die Bundesregierung dazu aufzufordern, endlich das von Ihnen gewünschte Geld lockerzumachen.

(Beifall bei der CDU - Minister Heinz Schleußer: Ist das denn möglich!)

- Was ich davon halte, ist eine ganz andere Sache. Ich bin immer der Überzeugung gewesen, daß der Bund mit der Vergabe der Umsatzsteuermittel klar geregelt hat, daß damit alles bezahlt sei, was über den Rechtsanspruch garantiert werde. Sie haben das immer kritisiert. Sie haben am 8. Dezember 1995 im Bundesrat einen Antrag gestellt. Wiederholen Sie den doch auch gegenüber der neuen Bundesregierung!

(Beifall bei der CDU - Minister Heinz Schleußer: Sie wissen es besser!)

- (B) Deshalb haben wir eine entsprechende Bemerkung auch in unseren Entschließungsantrag, der heute zur Abstimmung ansteht, eingebaut. Ich bin sehr darauf gespannt, was Sie uns dazu mitteilen werden.

(Bernd Flessenkemper [SPD]: Das haben wir doch schon!)

Meine Damen und Herren, die Zahl der Plätze im Kindergartenbereich für sich genommen sagt noch nichts über die Art der Betreuung aus. Sie sagt auch noch nichts über die Qualität der pädagogischen Arbeit aus. Die Zahl der Plätze sagt nur etwas aus über eine Zahlenmenge, aber nichts zum Beispiel über die Motivation von Erzieherinnen und Erziehern in den Einrichtungen. Wir alle erkennen an, daß in den Kindergärten und Kindertagesstätten Nordrhein-Westfalens eine gute pädagogische Arbeit geleistet wird. Denjenigen, die diese Erziehungsarbeit leisten, ist dafür Dank zu sagen.

(Beifall bei der CDU)

Diese Tatsache ist Ausfluß der Erkenntnis, daß Lernen nicht erst in der Schule beginnt. Vorschulische Erziehung ist vielmehr von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung eines Kindes. Sie legt Grundlagen für das spätere Lernen und

Leben unserer Kinder. Meine Damen und Herren, wer in diesem Bereich spart - das sagen auch Sie von den Koalitionsfraktionen in jeder Ihrer Sonntagsreden -, spart an der Zukunft unserer Kinder und damit an einem Stück Zukunft unserer Gesellschaft. (C)

(Beifall bei der CDU)

Für eine qualitativ hochstehende Arbeit in den Tageseinrichtungen für Kinder unseres Landes sind nun einmal gut ausgebildete und gut motivierte Erzieherinnen und Erzieher von größter Wichtigkeit. Sie sind mehr als bloße Aufsichtspersonen. Sie erfüllen eine pädagogische Aufgabe, die nicht geringgeschätzt werden darf. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, brauchen sie zum einen die Unterstützung der Eltern, Träger und nicht zuletzt der Politik. Zum anderen brauchen sie aber auch die Zeit, sich speziell den Kindern zu widmen, die einer besonderen Förderung bedürfen.

Meine Damen und Herren, auch das ist doch im Landtag offensichtlich Konsens. Ich höre das in allen möglichen Reden, vor allen Dingen denen der sozialpolitischen Vertreter. Aber genau wie vorhin beim Krankenhausgesetz geht es auch hier nicht darum, daß sozial geredet wird, sondern daß sozial gehandelt wird. Das ist die entscheidende Tatsache. (D)

(Beifall bei der CDU)

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf sowie insbesondere der damit verbundenen Betriebskostenverordnung hat die Landesregierung die Weichen für die Kindergärten in Nordrhein-Westfalen völlig falsch gestellt. Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung - hören Sie sich auch hier wieder Worte und Taten an - in diesem Hause am 17. Juni 1998 - mit Erlaubnis der Präsidentin darf ich zitieren - erklärt:

"Es muß jetzt darum gehen, die vorhandenen Mittel - ich betone: die vorhandenen Mittel - effektiver und den Bedürfnissen von Eltern und Kindern entsprechend einzusetzen."

Er geht also davon aus: Es gibt ein bestimmtes Geldvolumen, das effektiver und besser eingesetzt werden soll. - So weit d'accord.

Diesem vom Ministerpräsidenten selbst gesetzten Anspruch - das lassen Sie mich ganz deutlich sagen - wird der vorliegende Gesetzentwurf und

(Dr. Helmut Linssen [CDU])

(A) die in diesen Zusammenhang gehörende Betriebskostenverordnung in keinster Weise gerecht.

(Beifall bei der CDU - Brigitte Speth [SPD]:  
In keiner Weise!)

Es kann keine Rede davon sein, daß die vorhandenen Mittel effektiver und den Bedürfnissen von Eltern und Kindern entsprechend eingesetzt werden. Es geht einzig und allein - ich kann den Finanzminister durchaus verstehen - darum, Gelder einzusparen.

(Minister Heinz Schlußer: Das ist Unsinn!)

- Inwiefern ist das Unsinn? Gucken Sie doch in Ihren Haushaltsplan. Dort stehen doch 70 Millionen DM weniger. Es geht also darum zu sparen, Herr Finanzminister.

(Minister Heinz Schlußer: Was für ein Quatsch, den Sie da erzählen! - Ministerpräsident Wolfgang Clement: Das ist falsch. - Unruhe - Glocke)

- Also stehen nun im Haushaltsentwurf 70 Millionen DM weniger, ja oder nein? Es geht darum, daß Sie 70 Millionen DM sparen wollten. Und es geht darum, daß natürlich auch die Träger sparen sollten. Zu dem Punkt komme ich jetzt.

(B) (Anhaltend Unruhe - Zurufe von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Flessenkemper?

**Dr. Helmut Linssen (CDU):** Ja, bitte schön

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Bitte schön!

**Bernd Flessenkemper (SPD):** Herr Linssen, könnten Sie den Widerspruch zwischen der Tatsache, daß wir in unserem Haushaltsplan allein bei den Betriebskosten eine Erhöhung von ca. 40 Millionen DM vorfinden, und dem Argument, 70 Millionen DM seien gekürzt, aufklären?

**Dr. Helmut Linssen (CDU):** Sie dürfen Investitionskosten und Betriebskosten nicht durch

einanderwerfen! Das müßten Sie doch wirklich wissen. (C)

(Beifall bei der CDU)

Die Träger wünschen sich eine Absenkung ihrer Betriebskostenanteile. Da finden sie die CDU natürlich an ihrer Seite.

Im Personalbereich sollen jährlich 271 Millionen DM eingespart werden. Ich sage Ihnen, wie man das hätte anders machen können. Die Einsparungen führen nach Auffassung der CDU-Landtagsfraktion zu einer nicht vertretbaren Minderung der Qualität der pädagogischen Arbeit.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, zu Recht hat die Ankündigung, rund 4500 Vollzeitstellen wegfallen zu lassen, beim Personal der Kindergärten überall in unserem Lande zu erheblicher Unruhe geführt. Ich möchte nicht wissen, was hier los wäre, wenn wir an der Regierung wären und so etwas gemacht hätten. Da würden Sie die Puppen tanzen lassen.

(Widerspruch bei der SPD)

Mit Recht würden Sie fragen: Wieso stellt ihr einerseits Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Arbeitslose in den Haushalt ein und macht andererseits Kindergärtnerinnen arbeitslos? (D)

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, viele Erzieherinnen und Erzieher haben schlicht und einfach Angst um ihren Arbeitsplatz und ihre berufliche Zukunft. Uns erreichen gerade in den letzten Tagen immer mehr Hinweise auf Kündigungen oder Änderungskündigungen, die in diesem Bereich vorgenommen werden.

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Aber Sie stehen auf der Seite der Träger, sagen Sie!)

- Ja, sicherlich. Wenn man der Familienpolitik Priorität einräumt, muß man den entsprechenden Etat im Haushalt des Landes erhöhen.

(Beifall bei der CDU)

Ich bleibe dabei: Werfen Sie nicht wie der Ministerpräsident Hunderte von Millionen in Wirtschaftsförderungsprojekte, die nur lax kontrolliert werden, sondern bringen Sie das Geld hier ein.

(Beifall bei der CDU)

(Dr. Helmut Linssen [CDU])

(A) Die zuständige Ministerin, Frau Fischer, hat sich etwas ganz Besonderes einfallen lassen. Sie erklärt wiederholt, es gehe weniger um den Wegfall von Stellen als vielmehr um die Umwandlung in Teilzeitstellen. Meine Damen und Herren, ich kann mir kaum vorstellen, daß der Abbau von 4500 Vollzeitstellen durch Umwandlung in Teilzeitstellen - in der Hoffnung darauf, daß die eine oder andere Erzieherin ihren Beruf aufgibt - so einfach zu erreichen sein wird.

In Ihrer Stellungnahme vom 30. September 1998 hat die Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege erklärt - ich darf zitieren -:

"Es ist unumstritten, daß die Neuregelung zur Anpassung des Personals in der Verordnung zu den Betriebskosten unter anderem zu einem gravierenden Personalabbau führen wird."

Dieser Feststellung habe ich nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege, es gibt eine Zwischenfrage des Kollegen Rusche.

(B) Dr. Helmut Linssen (CDU): Ich habe nur noch vier Minuten Redezeit und möchte diese Frage nicht zulassen.

Es trägt auch überhaupt nicht zur Beruhigung bei, wenn Vertreter der Koalitionsfraktionen erklären, beim Abbau von Personal und bei der Umwandlung in Teilzeitstellen seien in erster Linie Ergänzungskräfte betroffen. Man kann gar nicht oft genug in Erinnerung bringen, was es für eine Ergänzungskraft heißt, auf Teilzeit zu gehen. Mein Kollege Antonius Rüsenberg hat in der zweiten Lesung dieses Gesetzes völlig zu Recht darauf hingewiesen, daß manche Frauen sicher überlegen werden, ob es nicht lukrativer ist, Sozialhilfe zu beziehen, statt für ein solch geringes Gehalt arbeiten zu gehen.

Lassen Sie mich das an einem Beispiel verdeutlichen. Eine ledige Ergänzungskraft von 28 Jahren wird in der Regel nach BAT VII oder sogar nur nach BAT VIII bezahlt. Gehen wir vom besten Fall, also BAT VII, aus: Dann würde sie bei einer vollen Stelle mit 38,5 Stunden ein Nettogehalt von rund 2076 DM erhalten. Würde sie auf eine Dreiviertelstelle oder 29 Stunden wechseln, würde sich ihr Nettogehalt auf rund 1 680 DM reduzieren. Bei einer halben Stelle oder 20 Stunden

(C) müßte sie sich mit rund 1 260 DM zufriedengeben. Ich frage Sie angesichts solcher Zahlen: Welche Ergänzungskraft, die schon mit einer Vollzeitstelle nicht gerade üppig verdient, wird in der Lage sein, ihren Lebensunterhalt allein von dem Teilzeitgehalt zu bestreiten?

(Beifall bei der CDU)

Dies wird schon für eine ledige junge Frau unheimlich schwer sein. Für eine alleinerziehende Mutter wäre es unmöglich. Für die verheirateten Frauen gilt: Sie werden wieder abhängig vom Gehalt ihres Ehemannes. Das ist wahrlich ein frauenpolitischer Fortschritt ersten Ranges! Sonst fordern sie den doch immer!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die in der Anlage zur Betriebskostenverordnung festgelegte Stundentabelle hat nicht nur Auswirkungen auf die Zahl der Arbeitsplätze, sondern auch gravierende Auswirkungen auf die Qualität der pädagogischen Arbeit. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Die Erzieherinnen müssen sich vor allen Dingen um jene Kinder kümmern, die verstärkte Förderung brauchen. Dazu gehören vor allen Dingen verhaltensgestörte Kinder. Sie wissen ganz genau, daß ihre Zahl zunimmt. Darauf nimmt die Landesregierung aber keine Rücksicht, weil sie sich dem Diktat des Finanzministers, zu kürzen, gebeugt hat.

(D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie ist überhaupt nicht kreativ, wenn sie sich im Haushalt nach anderen Lösungen umsieht.

Sie können dem Volk nicht einerseits erklären: "Priorität hat die Erziehung von Kindern und Jugendlichen", und andererseits ein solches Gesetz einbringen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, weil wir genau sehen, daß die Träger darauf angewiesen sind, daß ihr Anteil an der Finanzierung reduziert wird, haben wir gesagt: Wir müssen im Landeshaushalt eine Etatposition dafür vorsehen. Deshalb hätten Sie, wenn Sie wirklich etwas für Kinder und Familien hätten tun wollen, unserem Antrag auf 120 Millionen DM in diesem Bereich zustimmen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie wirklich etwas für Familien und Kinder hätten tun wollen, hätten Sie - Herr Flessenkemper, hören Sie gut zu! -, wie von uns vorgeschla-

(Dr. Helmut Linssen [CDU])

- (A) gen, die bereits erprobte Blocköffnungszeit bis 14 Uhr bei gleichzeitigem Wegfall des Über-Mittag-Beitrages nicht noch einmal in die Erprobungsklausel einbezogen.

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Herr Kollege!

**Dr. Helmut Linssen (CDU):** Ja.

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Sie kommen bitte zum Ende. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Dr. Helmut Linssen (CDU):** Ich komme zum Ende. - Dies ist erprobt und wird von den Eltern auch angenommen. Das gleiche gilt für Spielgruppen. Wir haben all diese Vorschläge gemacht.

Meine Damen und Herren, auch die Erzieherinnen und Erzieher müssen aktiv am Prozeß der weiteren Umgestaltung der Kindergartenlandschaft in Nordrhein-Westfalen beteiligt sein. Das hätte im Gesetz vorgesehen werden müssen.

- (B) Der Gesetzentwurf und die in diesem Zusammenhang stehende Betriebskostenverordnung werden zu einer gravierenden Verschlechterung der pädagogischen Arbeit in den Tageseinrichtungen für Kinder in Nordrhein-Westfalen führen. Dieser Gesetzentwurf ist ein eindeutiger Rückschritt. Er wird dem Kindergarten als Ort vorschulischer Erziehung nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU)

Dieser Gesetzentwurf zeigt keinerlei Perspektiven für die Zukunft auf. Dieser Gesetzentwurf ist Ausdruck einer völlig verfehlten Familienpolitik dieser Landesregierung.

Eltern und Erzieherinnen empfinden den rot-grünen Gesetzentwurf zu Recht als Ausdruck sozialer Kälte. Diesen Vorwurf muß sich die Landesregierung in der Tat gefallen lassen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Das Wort hat nun für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Kollegin Koczy.

**Ute Koczy (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Linssen, ich war bereit, Teile meiner Rede umzustellen. Aber Ihr Beitrag hat so wenig Neues gebracht, daß ich ohne Konzeptveränderung vortragen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN - Lachen bei der CDU)

Aber eines muß ich richtigstellen: Wenn Sie Betriebskosten und Investitionskosten verwechseln und hier dem Finanzminister eine Kürzung von 70 Millionen DM vorwerfen, dann haben Sie einfach nicht kapiert, daß wir zum 1. Januar 1999 das Ende des Ausbauprogramms erreichen, daß wir den Rechtsanspruch dann erfüllt haben und daß es deswegen zu Kürzungen kommen kann. Es finden keine Kürzungen bei den Betriebskosten statt.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Dritte Lesung Novellierung GTK, eines Gesetzes, das fast zwei Jahre intensivste Debatten und Diskussionen erlebt hat, eines Gesetzes, welches um den Erhalt des Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsauftrags kämpft und gleichzeitig einen schmerzhaften Einschnitt bedeutet, eines Gesetzes, das - ich muß es betonen - aber auch den Erhalt der Pluralität der Kindergartenlandschaft in Nordrhein-Westfalen gewährleistet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, uns liegt hier und heute ein Entschließungsantrag der CDU vor, der zwar einige richtige Punkte wie zum Beispiel die notwendige Entkoppelung der Sach- von den Personalkosten oder die Anstrengungen des Landes zur Deckung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz aufgreift. Ein Entschließungsantrag aber, der gleichzeitig die Reduktion der Trägeranteile als notwendig darstellt, um die Finanzierbarkeit der Einrichtungen durch die Träger zu sichern und ein plurales Angebot zu erhalten, geht an der Realität vorbei. Damit dokumentiert die CDU, daß sie die Ursache des Spar-drucks rechtfertigt, schönredet und akzeptiert.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wenn schon Opposition, dann richtig Oppositionen, meine Damen und Herren zu meiner Rechten! Wenn schon, dann hätten Sie den Dreh- und Angelpunkt der Novellierung kritisieren müssen, dann hätten Sie klarstellen müssen, daß es die

(C)

(D)

(Ute Koczy [GRÜNE])

(A) Briefe des Katholischen und Evangelischen Büros waren, die eine Reduktion der Trägeranteile auf 15 bzw. 10 % im Juli 1997 verlangten und die Landesregierung zum Handeln veranlaßten. Kein Wort davon in Ihrer Rede, kein Wort davon in Ihrem Antrag!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sie verschweigen einen wesentlichen Teil der Wahrheit, fahren mit einer Politik fort, die nur selten dazu beigetragen hat, die Betreuungssituation für Kinder in deren Sinne und im Sinne der Familie zu regeln. Ich habe Beweise für diese Behauptung.

(Zurufe von der CDU)

Ihre Fraktion hat auf Bundesebene die Verwirklichung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz allein den Kommunen und den Ländern überlassen.

(Fortgesetzt Zurufe von der CDU)

Ihre Fraktion hat sich auf Bundesebene gegenüber dem europäischen Niveau als rückständig erwiesen, indem sie erst ab 1995 einen solchen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz gesetzlich geregelt hat. Sie haben dies auch nicht aus der Einsicht gemacht, daß man ein Konzept der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf den Tisch legen muß, sondern aus der Notwendigkeit heraus, das Schwangeren- und Familienhilfegesetz durch ein Betreuungsangebot für Kinder begleiten zu müssen.

(B)

Vor diesem Hintergrund nehme ich es der CDU nicht ab, daß sie sich tatsächlich für die Interessen der Frauen und Kinder einsetzt,

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Widerspruch bei der CDU)

selbst wenn ihr Entschließungsantrag das nahelegt. Das ist ein Täuschungsmanöver.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Lachen bei der CDU)

Sie geben keine Antwort auf die zentrale Frage: Wie soll diese drastische Trägerreduzierung finanziert werden, wenn nicht durch eine Umschichtung? Wo Sie keine Lösung haben, da reagieren Sie mit purem Populismus.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Natürlich sehe ich die Sparzwänge der konfessionellen Träger und erkenne, daß es Ihnen nicht

anders geht als dem Land und den Kommunen. (C) Aber so, wie sich der Prozeß darstellt, tragen die konfessionellen Träger ihren Anteil der politischen Verantwortung nicht. Ich erfahre in den zahlreichen Veranstaltungen, die ich landauf, landab erlebe,

(Hans Peter Lindlar [CDU]: Mehr landab!)

daß gerade die Erzieherinnen aus dem konfessionellen Bereich schlecht bzw. gar nicht informiert sind,

(Lebhafter Widerspruch bei der CDU)

ausgenommen natürlich die Fachberaterinnen, die ihr Handwerk verstehen.

(Antonius Rösenberg [CDU]: Die Erzieherinnen für dumm zu halten!)

Und trotzdem: Das Wissen über die Handlungszwänge des eigenen Trägers wurde nicht an die Basis transportiert. Ich bleibe bei dieser Behauptung; denn ich habe wahrscheinlich mehr Veranstaltungen erlebt als viele von Ihnen.

(Widerspruch bei der CDU - Brigitte Speth [SPD]: Als Herr Linssen auf jeden Fall!)

Es wird abgelenkt, und es werden die wahren Tatsachen verschwiegen. Mir wurde in Lippe sogar berichtet, daß es Androhungen von Abmahnungen gab, wenn die Erzieherinnen an Informationsveranstaltungen teilnehmen wollten. (D)

(Antonius Rösenberg [CDU]: Weil Sie dahinkommen wollten!)

Ist das demokratisch? Wo gelten hier die Beteiligungsrechte von Betroffenen?

(Fortgesetzt Zurufe von der CDU - Glocke)

Da sehen Sie einmal: Wenn wir GRÜNEN kommen, um zu informieren, dürfen die konfessionellen Erzieherinnen nicht kommen. Oder wie?

(Zahlreiche Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, die meisten Tageseinrichtungen - ca. 63 % - sind in konfessioneller Trägerschaft. Aber ich frage mich hier und heute nach dem Entschließungsantrag nach der Perspektive. Ich frage mich, ob das weiterhin in dieser Dominanz so sein und bleiben muß. Und ich sage Ihnen auch, warum ich diese Frage stelle: weil nämlich mit der Absenkung der konfessionellen Trägeranteile auf 21 bzw. 20 % in den nächsten Jahren immer noch keine Ruhe im Land eingetreten ist.

(Ute Koczy [GRÜNE])

- (A) Nach dem, was mir zu Ohren gekommen ist, verhandeln die Kirchen schon heute auf kommunaler Ebene über weitere Reduzierungen. Damit geht die Debatte um Einsparungen schon heute weiter - angetrieben durch die Sparzwänge auf der konfessionellen Seite gemäß dem selbst gewählten Motto "Kirchen auf dem Weg zum armen Trägerdasein".

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Frau Kollegin, Herr Kollege Rüsenberg hat eine Zwischenfrage. Würden Sie die gestatten?

**Ute Koczy (GRÜNE):** Ja.

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Bitte schön!

**Antonius Rüsenberg (CDU):** Frau Kollegin Koczy, vor dem Hintergrund, daß Sie als Vertreterin der GRÜNEN in der ersten Lesung zum GTK diesen Entwurf massiv kritisiert haben und heute in der dritten Lesung genau diesen nicht gravierend veränderten Gesetzentwurf verteidigen und die Opposition beschimpfen, frage ich Sie: Wie erklären Sie sich bezüglich Ihrer Person diesen gravierenden Meinungsumschwung innerhalb weniger Monate in einer so zentralen Frage?

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

**Ute Koczy (GRÜNE):** Herr Rüsenberg, Sie haben keine Frage gestellt, sondern eine Feststellung getroffen.

(Widerspruch bei der CDU)

Ich bedanke mich dafür, daß Sie mit einem solchen Beitrag in meine Rede eingegriffen haben.

(Anhaltend Widerspruch bei der CDU - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Er hat doch gefragt!)

Ich möchte den zahlreichen Zuhörerinnen und Zuhörern sagen - und das sage ich in Reaktion auf Ihre nicht gestellte Frage -:

(Unruhe - Glocke - Eckhard Uhlenberg [CDU]: Hauptsache, ein paar Posten!)

Diese Novelle soll einen verabredeten Standard sichern, der gegenwärtig von denjenigen untergraben wird, die am meisten davon profitieren. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Einsparsumme von 300 Millionen DM in 1999 und 440 Millionen DM in 2000 geht zu knapp 50 % an die konfessionellen Träger, während das Land etwa ein Viertel der Einsparsumme erhält. Herr Linssen, das ist für Sie zum Nachrechnen.

(Oh-Rufe bei der CDU)

Es fällt meiner Fraktion nicht leicht, dieser Novellierung zuzustimmen.

(Anhaltend Zurufe bei der CDU)

Wir registrieren natürlich, daß gestern 28 315 Unterschriften dagegen eingereicht wurden, und wir wissen auch von der Demonstration, die uns heute ins Haus steht. Da hinter diesen Unterschriften - Herr Linssen hat es vorgelesen - auch der Zentralverband Katholischer Kirchenangestellter, die Katholische Erzieherinnengemeinschaft sowie der Bundesverband Evangelischer Erzieherinnen und Sozialpädagogen stehen, erwarte ich, daß diese Unterschriften auch dem eigenen Träger zur Kenntnis gegeben werden.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Ich erwarte, daß diese Organisationen auf kommunaler Ebene den Widerstand gegen weitere Kürzungen ihres Trägers organisieren und sich für eine andere Sparpolitik ihres Träger einsetzen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Klar, wir als Politikerinnen tragen hier und heute die Verantwortung für diese Novelle. Wer aber ignoriert, daß die Kirchen mit am Verhandlungstisch gesessen haben, dem unterstelle ich politische Blindheit.

Ich stehe zu dieser Verantwortung, obwohl ich Kritik übe. Selbstverständlich kann ich die Novelle einschließlich der Veränderungen verteidigen, die die Koalitionsfraktionen eingebracht haben. Ich kann die Sparzwänge erkennen und gleichzeitig darauf hinweisen, daß es sich hier um eine Reduzierung um 4 000 Stellen - maßgeblich Frauenarbeitsplätze - handelt und daß dies einen schmerzhaften Einschnitt bedeutet.

(Antonius Rüsenberg [CDU]: Jetzt hat sie es verstanden!)

(Ute Koczy [GRÜNE])

- (A) Sie bedeuten Änderungskündigungen und eine nicht immer gewollte Teilzeitbeschäftigung für Frauen. Das haben wir in der Fraktion und mit dem Koalitionspartner verhandelt, und wir haben um eine Entscheidung gerungen und versucht, bei den Verfügungszeiten und bei der Freistellung der Leitung nachzubessern, was uns im letzteren Fall auch gelungen ist.

Ich will Ihnen sagen, was ich davon halte, daß wir hier in dieser Situation sind: Ich erwarte nicht, daß Sie differenzierte Darstellungen und Kritik an den Konsequenzen dieser Novelle von grüner Seite bei gleichzeitiger Zustimmung verstehen können, da Ihnen ein solcher Diskurs sehr fremd zu sein scheint. Wir GRÜNE reden aber keine Entscheidung schön oder wollen sie gar verharmlosen. Hier geht es um den Abbau von Frauenarbeitsplätzen bzw. um den Umbau in Teilzeitarbeitsplätze, deren Lohnniveau wahrlich keine Freudensprünge zuläßt - im Gegenteil. Natürlich sind auch die Berufsaussichten für die jungen Erzieherinnen durch die Novelle eingeschränkt.

Da kommt bei uns keine Freude auf - vor allen Dingen deshalb nicht, weil wir auch erkennen müssen, daß zuwenig dafür getan wird, die Erzieherinnenausbildung insgesamt auf ein europäisches Niveau anzuheben. Aber diesbezüglich sind auch Versäumnisse aus der Vergangenheit auf Ihrer Seite vorhanden; dazu haben Sie noch nichts gesagt.

- (B)

Das stößt sicherlich auf Grenzen, aber trotzdem bin ich der Auffassung, daß man hier anders verfahren muß, als es bisher in Vorbereitung auf die nächste Kultusministerkonferenz geschehen ist. Wir brauchen eine öffentlich geführte Diskussion und Konzepte. Um Konzepte weiterzuentwickeln, ist es daher ein großer Erfolg, die Deckelung von 190 Millionen DM im GTK durch meine Fraktion aus dem Gesetz herausnehmen zu können.

Manchmal habe ich den Eindruck, daß dieser Erfolg nicht als wirklicher Erfolg akzeptiert und in seiner Bedeutung nicht wahrgenommen wird. Ich meine nämlich, daß der Betreuungsbedarf auch jenseits des eingeschränkten Rechtsanspruchs zwischen dem Alter von drei Jahren und dem Schuleintritt liegen müßte.

Sie sehen, meine Damen und Herren: Dies ist nicht das Ende der Diskussion um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir befinden uns in einem weiteren Veränderungsprozeß. Es ist auch schon viel in der Rede, die mein Kollege Jens Petring zur letzten Lesung gehalten hat, zu den

Einzelheiten gesagt worden; Bernd Flessenkemper hat einzelne Punkte aufgegriffen. Immerhin haben die Koalitionsfraktionen in 18 Punkten ein Verhandlungsergebnis erzielt, das sich sehen lassen kann.

(C)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Frau Kollegin!

**Ute Koczy (GRÜNE):** Ich möchte nur noch einen Satz zur Steuerungsgruppe und zu der Begleitung bzw. Hinzuziehung der Eltern-, Familien- und Erzieherinnenverbände sagen. Ich finde diesen Punkt wichtig, und hier haben wir etwas Großartiges erreicht. Es wird nämlich möglich, gerade die Betroffenen zu beteiligen, die etwas zu diesem Gesetz zu sagen haben. Da es sich um heterogene Landschaft handelt, soll man darauf achten, daß es hier zu verlässlichen Abstimmungen untereinander kommt.

Verehrte Damen und Herren, meine Redezeit ist zu Ende. Ich denke, wir werden diesen Diskurs noch weiter führen müssen, denn die Debatte um die Zukunft der Betreuungssituation ist nicht zu Ende.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

(D)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Für die Landesregierung spricht nun Frau Ministerin Fischer.

**Birgit Fischer, Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit:** Frau Präsidenten! Meine Damen und Herren! Ich war eigentlich sehr gespannt auf diese dritte Lesung zum Kindergartengesetz. Insbesondere war ich dies, nachdem der Fraktionsvorsitzende der CDU heute zu diesem Thema gesprochen hat. Ich muß aber sagen, Herr Linssen: Ich weiß nicht, warum diese dritte Lesung überhaupt beantragt wurde; denn das, was Sie hier heute vorgetragen haben, ist in der Tat nichts Neues.

(Beifall bei der SPD)

Es wechselten zwar die Redner in der ersten, zweiten und dritten Lesung am Rednerpult, aber von den Aussagen her hat sich nichts, aber auch gar nichts geändert.

Ich kann weiter feststellen, daß heute ein Entschließungsantrag vorliegt, in dem nichts anderes

(Ministerin Birgit Fischer)

(A) steht als das, was Sie bisher in den Diskussionen im Ausschuß immer wieder eingebracht haben.

Noch auffälliger ist, daß es sich um einen Entschließungs- und keinen Änderungsantrag handelt. Das heißt, es ist schon eigenartig, wenn es doch so viele andere Vorstellungen der CDU gibt, soviel Kritik an dem Kindergartengesetz, daß die CDU aber doch nicht in der Lage zu sein scheint, ein Konzept auf den Tisch zu legen und Änderungsanträge zu stellen,

(Widerspruch bei der CDU)

die dann auch zum Ausdruck bringen, was Sie wollen. Man kann sehr wohl großartig appellieren, aber das in einen Gesetzentwurf umzusetzen, ist anscheinend etwas anderes. Von daher frage ich mich sehr, was Sie mit der dritten Lesung eigentlich erreichen wollten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Es liegt ein einziger Änderungsantrag vor. Er besagt, man könne doch einfach 120 Millionen DM Landesmittel in die Hand nehmen, sie in das Kindergartengesetz investieren, dann sei doch das gesamte Problem gelöst, und die Einsparungen hätte man nicht gebraucht. Ich weiß nicht, was das für eine Milchmädchenrechnung ist. Ich habe versucht, es im Rahmen der Haushaltsplanberatungen bereits darzustellen.

(B)

Die Einsparungen im Kindergartengesetz beruhen auf zwei verschiedenen Säulen: Der Trägeranteil wird erstens abgesenkt, und zweitens profitieren die Träger nochmals, da die Kindergartenkosten, an denen sie einen prozentualen Anteil tragen, insgesamt sinken. Sowohl der Trägeranteil vermindert sich also als auch der prozentuale Anteil der Träger durch die Verringerung der Gesamtkosten.

Was Sie mit Ihren 120 Millionen DM fordern, macht die Kindergartenplätze nicht billiger. Letztlich wäre es für die Träger nicht billiger, sondern eher noch teurer geworden. Man muß weder Prozentrechnung können noch besonders gut rechnen können, um festzustellen, daß es ein Unterschied ist, ob ich 10 % von 100 oder 10 % von 90 zahle. Deshalb bitte ich, diese Rechnung noch einmal zu überprüfen. Ich dachte, das wäre zwischen der zweiten und dritten Lesung geschehen, aber anscheinend ist dies nicht der Fall.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie, Herr Linssen, von den vorhandenen Protesten sprechen, muß man sich doch fragen,

woher sie kommen. Natürlich gibt es für sie aus der Sicht der einzelnen Erzieherinnen und der Eltern eine Begründung, weil sie sich zu Recht Sorgen über die Entwicklung der Kindergartenlandschaft machen. Vor Ort ist doch häufig ein Spagat notwendig zwischen den Möglichkeiten einer Einrichtung, eines Kindergartens oder einer Tagesstätte, und dem Bedarf, den die Eltern an die Kindergärten herantragen. Das bestreitet doch niemand.

(Vorsitz: Präsident Ulrich Schmidt)

Die Umsetzung eines Gesetzes bringt Probleme mit sich, da viele Fragen entstehen, wie die Umsetzung im Detail aussieht. Ich weiß auch, daß wir mit diesem Gesetz den Eltern und insbesondere den Erzieherinnen etwas zumuten, weil dieses Gesetz nicht 1 : 1 umgesetzt wird, sondern aus zwei Schritten besteht, dem ersten Schritt, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, und dem zweiten Schritt, im Rahmen der Erprobungsklausel und der Steuerungsgruppe zu Veränderungen zu kommen.

Wir stehen also am Beginn eines Prozesses. Daß dies für Verunsicherung sorgt und Fragen aufwirft, wie der vor uns liegende Prozeß aussieht, ist doch selbstverständlich. Aber damit können Sie nicht sagen, daß dieser Prozeß nicht Chancen beinhaltet, auch pädagogisch sinnvolle Lösungen in den einzelnen Einrichtungen zu finden. Genau diese Chance ist in diesem Gesetz verankert.

Ihre ständigen Wiederholungen plakativer Äußerungen "kinder- und frauenfeindlich"

(Peter Bensmann [CDU]: Das ist doch so!)

machen die Aussagen, die Sie heute immer wieder getroffen haben, nicht wahrer, Herr Linssen.

Wenn Sie sagen, wer an den Kindergarten spart, spart an der Zukunft der Kinder, und uns zu sozialem Handeln auffordern, kann ich diese Aufforderung nur an die CDU zurückgeben. Was hätte denn die CDU getan? Hätte sie zugeschaut, wie die Kindergartenlandschaft einbricht, wie die Träger und die Kommunen nicht mehr in der Lage sind, die Kindergärten zu finanzieren. Mit Ihren heute aufgestellten Forderungen haben Sie mehr Arbeitsplätze aufs Spiel gesetzt, als wir es heute mit diesem Gesetz tun. Das muß man sehr deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das ist absoluter Quatsch!)

(C)

(D)

(Ministerin Birgit Fischer)

- (A) - Das ist überhaupt kein Quatsch. Wenn Sie meinen, man könnte das einfach nach dem Motto "Weiter so!" laufen lassen, ohne einzugreifen und für Konsolidierung zu sorgen,

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Unverschämtheit!)

täuschen Sie sich schlicht und ergreifend, Herr Linssen.

(Beifall bei der SPD)

Sie sagen: Die Zahlen sagen über die Qualität der Einrichtungen nichts aus. Das ist richtig. Das ist genau meine Behauptung, daß Zahlen allein über die Qualität der Einrichtung überhaupt nichts aussagen. Wir sind vielmehr in dem zukünftigen Prozeß gemeinsam mit den Erzieherinnen und den Eltern in der Lage, auch für Qualität in den einzelnen Einrichtungen zu sorgen. Die jetzigen Konsolidierungsmaßnahmen bedeuten nicht automatisch eine Verschlechterung der pädagogischen Qualität in den Einrichtungen.

Sie meinen, daß Zahlen über Größe und Zahl der Kindergärten, die Gruppengröße oder der Anteil der Einzieherinnen und Erzieher etwas über die Motivation der Erzieherinnen und Erzieher aussagen. Da gilt doch der gleiche Satz: Zahlen allein sagen überhaupt nichts aus. Einer Erzieherin ist es doch bei ihrer täglichen Arbeit, bei den täglichen Belastungen, denen sie ausgesetzt ist, gleichgültig, wie die landesweiten Zahlen aussehen. Für die Erzieherin in einer Einrichtung vor Ort ist die Situation an ihrem Arbeitsplatz entscheidend. Unser Anliegen besteht darin, die Situation am einzelnen Arbeitsplatz zu verbessern. Das setzt voraus, daß wir mit den Trägern und den Kommunen zusammenarbeiten. Das Land alleine kann dies nicht bewirken. Auch dafür notwendige Abstimmungsprozesse werden von dieser Dreiergruppe ebensowenig vollzogen werden können. Es wird notwendig sein, diesen Weg gemeinsam mit den Erzieherinnen und Erziehern sowie den Eltern zu gehen. Genau das haben wir mit diesem Gesetz angelegt.

- (B) Herr Linssen, wenn Sie im Zusammenhang mit dem Kindergartengesetz Summen aus dem Haushalt nennen, bitte ich Sie, dies so zu tun, daß man mit diesen Zahlen auch etwas anfangen kann. Sie wissen genau, daß sich allein die Betriebskosten für Kindergärten in den letzten fünf Jahren von 800 Millionen DM auf 1,6 Milliarden DM verdoppelt haben. Sie sprechen davon, daß in diesem Haushalt gekürzt wird.

Herr Linssen, auch das ist eine ganz einfache Rechnung: Wenn wir in den letzten Jahren den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz durch massive Investitionskosten eingelöst haben, die heute zu den gestiegenen Betriebskosten führen, dann ist doch irgendwann der Stand erreicht, daß sich die Investitionen erübrigen. Das bedeutet: Durch die Investitionen haben wir den Rechtsanspruch eingelöst, wir haben neue Einrichtungen geschaffen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Investive Mittel und Betriebskosten!)

Um sich anschließend auszurechnen, daß es dann in dem Ausmaß nicht mehr erforderlich sein wird, weitere Investitionen zur Verfügung zu stellen, dazu braucht man noch nicht einmal eine Hand.

Auch wenn Sie beide Kostenarten, Betriebskosten und Investitionskosten, zusammenzählen, muß man deutlich sagen, Herr Linssen: Wir haben zwar 100 Millionen DM an Investitionskosten gespart, haben aber im Vergleich zu dem vergangenen Jahr um 40 Millionen DM bei den Betriebskosten zugelegt. Man kann doch nicht Äpfel mit Birnen vergleichen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Die 70 Millionen per saldo sind korrekt!)

- Nein, diese Per-saldo-Rechnung stimmt doch nicht. Es geht doch um Investitionen für Kinder; es geht doch nicht um Investitionen in Einrichtungen, die dann überhaupt nicht mehr gebraucht werden, Herr Linssen. So einfach ist es ja nun nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal deutlich machen, daß es zwischen den Fraktionen hier im Parlament insgesamt keinen Streit darüber gegeben hat, ob eine Änderung des Gesetzes notwendig ist. Ich möchte die Notwendigkeit einer Änderung des Gesetzes aus meiner Sicht - ich denke, auch aus Sicht der Koalitionsfraktionen - noch einmal begründen. Zwei wesentliche Beweggründe haben dazu geführt, über eine Gesetzesnovellierung zu reden:

Zum einen müssen die Kosten, die bei der Einrichtung von Kindergärten und Tagesstätten entstehen, kalkulierbar sein. Die Träger brauchen Planungssicherheit, und wir müssen die Kosten insgesamt konsolidieren. Denn die Steigerungsraten der vergangenen Jahre können nicht endlos fortgeschrieben werden. Wir brauchen eine Kon-

(C)

(D)

(Ministerin Birgit Fischer)

(A) solidierung, mit der wir auch zukünftig arbeiten können.

Zum anderen müssen - das haben alle deutlich gemacht - die Handlungsspielräume in den einzelnen Einrichtungen für die Kommunen und für die Träger erweitert werden. Das dichte Regelungswerk des Kindergartengesetzes ist nicht dazu geeignet, den Kommunen und den Trägern vor Ort genügend Spielraum zu geben, um auf die Bedürfnisse und den Bedarf der Eltern einzugehen. Darum sollte die Regelungsdichte insgesamt verringert werden.

Nun könnte man es sich einfach machen, viel mit Pauschalen arbeiten und irgendwelche Regelungen herausnehmen. Nur, damit würden wir das Ziel, das wir angestrebt haben, überhaupt nicht erreichen. Wir sind dagegen den richtigen Weg gegangen: Es gab eine Kooperation von Trägern und kommunalen Spitzenverbänden, um zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen. Dieser Prozeß der Umwandlung kann in der Tat nur gemeinsam gelingen. Er muß steuerbar und entwicklungs-fähig, das heißt ausbaufähig für die Zukunft sein. Das Ziel war nicht, mit diesem Gesetz erneut starre Regelungen und Festlegungen zu treffen. Das aber fordert die CDU mit ihren Änderungen zum Teil nach wie vor ein.

(B) Die Anforderungen, die wir uns mit der Novellierung des Kindergartengesetzes selbst gesetzt haben, klingen - das ist richtig - wie die Quadratur des Kreises. Diese Quadratur des Kreises konnte aber nur durch die konstruktive Mitwirkung aller Beteiligten gelingen. Darum möchte ich mich noch einmal ausdrücklich bei allen Beteiligten, sowohl bei den Kontraktpartnern als auch bei den Eltern und Erzieherinnen, dafür bedanken, daß sie an dieser Entwicklung in weiten Teilen sehr konstruktiv mitgewirkt haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Mit dem Gesetz legen wir ein erstes Ergebnis dieses Diskussionsprozesses, der jetzt über anderthalb Jahre stattgefunden hat, vor. Ein zweiter Schritt stellt die Arbeit der Steuerungsgruppe dar. Dabei ist es so, daß diejenigen, die den Kontrakt geschlossen haben, diesen Prozeß auch weiter begleiten.

(Unruhe - Glocke)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Frau Ministerin, darf ich Sie einen Moment unterbrechen? - Meine Damen

und Herren, es herrscht irgendwie besondere Un- (C)ruhe im Saal. Viele unterschiedliche Kolleginnen und Kollegen sprechen - was ich verstehe - miteinander. Ich bitte, diese Gespräche nach draußen zu verlagern. - Die Ministerin hat das Wort.

**Birgit Fischer,** Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit: Wir alle sind uns darüber im klaren, daß es mit der Einsetzung der Steuerungsgruppe zum einen um die Begleitung dieses Prozesses, zum anderen aber auch darum geht, die Kindergartenlandschaft pädagogisch weiterzuentwickeln, sowohl inhaltlich als auch in bezug auf die Organisationsformen. Daß das im kommenden Prozeß wiederum nur zusammen mit den Eltern und Erzieherinnen gelingen kann, ist vollkommen unbestritten. Deshalb sollte die Möglichkeit genutzt werden, Diskussionen nicht nur über das Gesetz, über ein möglicherweise neues Regelungswerk und damit verbundene Befürchtungen zu führen. Vielmehr muß in Zukunft die Diskussion dahin gehend intensiviert werden, wie die Praxis vor Ort aussehen kann und wie wir die Praxis vor Ort gemeinsam mitgestalten können.

Der dritte Schritt wird sein, das Ganze auszuwerten und die Schlußfolgerungen aus diesem Prozeß zu ziehen. Die Steuerungsgruppe hat sich ja einen Zeitraum bis zum Jahre 2000 gegeben. Innerhalb dieses Zeitraums sollen - im Rahmen einer Erprobungsklausel - unterschiedliche Modelle erprobt werden. Man muß dann überlegen, wie man aus diesen Modellen Regelungen ableiten kann, die alle Kindergärten auf sich übertragen können, soweit sie es für sinnvoll halten und in Anspruch nehmen wollen. (D)

Natürlich gibt es immer wieder Forderungen und Wünsche, die weit über das hinausgehen, was das Gesetz überhaupt abschließend regeln kann. Ziel war es aber, mit diesem Gesetz Veränderungen anzustoßen und überhaupt Spielraum für Veränderungen zu schaffen. Spielraum für Veränderung ist aber immer nur dann gegeben, wenn Planungssicherheit gegeben ist und eine finanzielle Basis da ist, mit der man umgehen kann, ...

(Unruhe - Glocke)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Meine Damen und Herren, das geht so nicht. Ich bitte Sie wirklich um Ruhe!

(A) **Birgit Fischer**, Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit: ... und wenn gleichzeitig der Weg für inhaltliche Auseinandersetzungen geebnet wird. Die Kritik, die in der Vergangenheit bestand,

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: In der Gegenwart!)

beruhte - auch das muß man deutlich sagen - in erster Linie auf Ängsten und Befürchtungen sowie auf der Unsicherheit, wie sich dieser Prozeß in der Praxis niederschlagen wird, wie die Umsetzung ist. Natürlich habe ich Verständnis dafür, daß die Erzieherinnen den Trägern zum Teil nicht trauen. Diese haben hier im Landtag - Sie wissen es genau - einen sozialverträglichen Abbau von Arbeitsplätzen versprochen und zugesagt, daß die Arbeitsplätze, die abgebaut werden, nicht zu betriebsbedingten Kündigungen führen. Das wurde in allen Diskussionen und Anhörungen der Träger deutlich gemacht.

Genauso, wie sich in der Vergangenheit die Kritik häufig auf die Situation vor Ort bezog, kann man auch die Tatsache, daß - wie auch mir bekannt ist - es jetzt einzelne Kündigungen gibt und man sich damit wiederum nicht an das hält, was abgeprochen war, nicht dem Land zur Last legen.

(B) (Beifall bei der SPD)

Dafür trägt das Land letztendlich nicht die Schuld. Vielmehr geht es um die Frage, wie man mit Beschlüssen und Vereinbarungen, die gemeinsam getroffen wurden, vor Ort umgeht. Wir können auch nicht außer acht lassen, daß das Land nicht alleiniger Träger ist. Es gibt darüber hinaus die Kommunen, und es gibt die Träger vor Ort, die in ihrer eigenen Verantwortlichkeit handeln. Es gehört zur Transparenz der Politik, auch deutlich machen zu müssen, an wen man welche Forderungen richtet. Das heißt gleichzeitig: Mit wem kann ich was gemeinsam gestalten?

Ich möchte abschließend sagen, daß die gemeinsame Gestaltung mit den Trägern auf der Landesebene ein Weg war, den ich für ausgesprochen gut und richtig halte, weil nur dieser Weg überhaupt die Chance bietet, zukünftig zu Veränderungen zu kommen.

Die Diskussionen haben deutlich gemacht: Nicht jede Kritik ist im Gesetz begründet, sondern sie hängt oft mit den spezifischen Bedingungen vor Ort zusammen.

Das Kindergartengesetz beinhaltet ein vielschichtiges Gefüge, eigenständige Verantwortung und Gestaltungsspielräume. Um die Gestaltungsspielräume auf Grundlage dieses Gesetzes geht es uns in Zukunft. Darum bitte ich um Ihre Zustimmung für dieses Gesetz. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die SPD-Fraktion hat ihre Redezeit noch nicht ausgeschöpft. Kollege Flessenkemper hat sich gemeldet. - Bitte schön.

**Bernd Flessenkemper (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die CDU hat innerparteiliche Personalprobleme.

(Regina van Dinther [CDU]: Hören Sie auf, Herr Flessenkemper!)

Das ist an sich aus unserer Sicht nicht so gravierend. Gravierend ist nur, daß Sie diese Probleme auf dem Rücken von Eltern und Erzieherinnen austragen. Das ist der Punkt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Lachen bei der CDU)

Richtig ist doch, daß Ihre Kollegin Frau van Dinther in der zweiten Lesung die frauenspezifischen Aspekte vortragen wollte und hier nicht zu Wort gekommen ist. Das ist doch richtig.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Richtig ist auch, daß es vielleicht sinnvoll gewesen wäre, wenn sich heute Fachpolitiker und Fachpolitikerinnen gemeldet hätten. Das ist nicht passiert. Der Fraktionsvorsitzende hat gesprochen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Daraus kann man doch nur zwei Schlüsse ziehen. Entweder sind Ihnen die Argumente jetzt völlig ausgegangen und Sie müssen das über die Gewichtigkeit von Personen kompensieren, oder es geht um den innerparteilichen Wahlkampf in Ihrer Fraktion. Das ist Fakt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Zu der Frage, wie wir Proteste wahrnehmen, hat die Ministerin Fischer eben schon etwas gesagt. Ich stelle eine Frage an Sie. Sie behaupten, wir hätten nichts gelernt. Ich nenne aber die Einbezie-

(C)

(D)

(Bernd Flessenkemper [SPD])

- (A) hung von Eltern und Erzieherinnen, die Frage, kombinierte Einrichtungen anders zu berücksichtigen, die Frage der Verlagerung der 190 Millionen DM und die Frage der Sinnhaftigkeit von Experimentierklauseln. Wie erklären Sie da eine Übereinstimmung, wenn Sie gleichzeitig behaupten, wir hätten angeblich nichts gelernt? Diese Erklärung bleiben Sie schuldig.

Und dann, Herr Kollege, reden Sie zehn Minuten über die möglichen Auswirkungen auf das Personal. In diesem Zusammenhang reden Sie dann von einer Kürzung von 70 Millionen DM. Daraus ergab sich meine Zwischenfrage. Wenn wir über Personalauswirkungen reden, reden wir ausschließlich über Betriebskosten. Das müßte sich auch bei Ihnen herumgesprochen haben. Investive Kosten können möglicherweise in der Zukunft Personalauswirkungen beinhalten. Aber bestehendes Personaltableau kann sich nur an den Betriebskosten festmachen. Dazu sage ich Ihnen noch einmal: Die werden in diesem Jahr nochmals um 40 Millionen DM erhöht. Auch hier war Ihre Diskussion nicht von parteipolitischem Sachverstand geprägt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

- (B) Auch bei dem nächsten Punkt, den Sie angesprochen haben, lamentieren Sie, wir sollten endlich einmal den Bund auffordern, sich im investiven Bereich bei den Kindergärten zu beteiligen. Haben Sie nicht zur Kenntnis genommen, daß der investive Aspekt für den Bereich der Regelkindergärten - und über die diskutieren wir hier - abgeschlossen ist? Wir haben in vielen Bereichen schon eine Situation, in der wir darüber nachdenken, wie wir Einrichtungen schließen oder verlagern müssen, weil wir in den letzten Jahren Plätze geschaffen haben. Es hätte Sinn gemacht, wenn Sie mit uns über eine Bundesbeteiligung bezogen auf Betriebskosten, über eine investive Beteiligung in anderen Einrichtungsformen des Kindergartens diskutiert hätten. Aber jetzt nachzukarten, nachdem wir die Kindergärten gebaut haben, und investive Kosten vom Bund für die Zukunft zu fordern, das spricht nicht für Ihre Sachkenntnis.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dann reden Sie in einem weiteren Punkt darüber, wie sich die Situation der Erzieherinnen in der Zukunft darstellt. Darüber haben wir uns schon mehrfach ausgetauscht. Ich will Ihnen noch einmal sagen: Wenn wir grundsätzlich die Notwendigkeit einer Veränderung akzeptieren - was Sie

- offensichtlich nicht tun und damit wieder demonstrieren, daß Sie politisch handlungsunfähig sind - tun wir es. Das ist ein Prozeß, den wir über viele Monate - das ist dargestellt worden - gestaltet haben. Wir handeln nicht nach der Rasenmähermethode, sondern nachfrageorientiert und bedarfsorientiert. Ich frage Sie konkret: Welche andere Lösung haben Sie denn als die Lösung, beispielsweise in einer Einrichtung, in der Sie feststellen, daß am Nachmittag von 25 Kindern nur 3 zurückkommen, ganz behutsam eine Personalanpassung vorzunehmen? Wo ist denn Ihre Alternative dazu? Ich kann sie nicht entdecken.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das steht in unserem Papier!)

- In Ihrem Papier steht das? Sie haben angekündigt, Herr Kollege, Sie würden hier, außer zwischenzurufen, darstellen, was man hätte anders machen können. Darauf habe ich lange gewartet. Dann sind noch einmal fünf Minuten vergangen. Dann kam es: 120 Millionen DM hätten wir umschichten müssen. Das war Ihr Alternativkonzept, nicht mehr und nicht weniger.

Ich kann nur sagen - und das ist auch eine Botschaft an Eltern und Erzieherinnen - : Glauben Sie den Versprechungen der CDU nicht! Messen sie sie nicht an ihren Versprechungen, sondern messen sie sie an ihren Taten! Messen sie sie beispielsweise an dem, was wir über 16 Jahre in Bonn erlebt haben!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Lachen bei der CDU)

Wenn Sie in den letzten Jahren hier die politische Verantwortung getragen hätten, bin ich mir sicher, würden wir heute nicht über den einen oder anderen Punkt diskutieren, sondern dann würden Eltern und Erzieherinnen wahrzunehmen haben, daß Sie in den vergangenen Jahren in diesem Bereich bereits deutlich gekürzt hätten. Sie hätten keine Förderansprüche beispielsweise auch für andere pädagogische Einrichtungen, für altersgemischte Gruppen usw. umgesetzt.

Wir möchten die Diskussion zur Novelle heute zum Abschluß bringen. Wir möchten, daß wir diese Umstrukturierungsprozesse zum 1. Januar 1999 mit der Novelle in Gang setzen können. Wir setzen darauf, daß wir damit auch die Gelegenheit haben, die nächsten zwei Jahre zu nutzen, um uns über die inhaltliche und qualitative Weiterentwicklung des Kindergartens zu

(C)

(D)

(Präsident Ulrich Schmidt)

(A) unterhalten - nicht nur aus einem parteipolitischen Kalkül heraus.

Wir werden weiterhin auch das betreiben, was Sie kritisieren. Wir werden das in einem Dialogprozeß mit den Beteiligten tun. Dann kann man darüber reden, wie man Dinge verbessern kann. Aber man muß doch konstatieren, daß wir diesen Dialogprozeß überhaupt erst einmal in Gang gesetzt haben. Auch dazu sind Sie ein Beispiel schuldig geblieben, wo Sie in Ihren politischen Wirkungsbereichen dies bisher niemals erreicht haben. Danach muß man lange suchen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Lothar Hegemann [CDU]: Demonstrieren!)

- Demonstrieren - Sie müssen für sich als Politiker schon einen etwas höheren Anspruch zulassen als diejenigen, die draußen demonstrieren.

(Oh! bei der CDU)

Wenn das der alleinige Anspruch ist, dann ist das, wie ich finde, recht wenig.

Wir werden den Dialogprozeß fortsetzen, und wir werden uns entscheiden, damit die Novelle zum GTK zum 1. Januar 1999 in Kraft gesetzt werden kann. - Danke schön.

(B) (Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Kollege Hardt hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet. Bitte sehr!

**Heinz Hardt (CDU):** Herr Präsident, ich beantrage nach § 53 der Geschäftsordnung eine namentliche Abstimmung über die Beschlußempfehlung Drucksache 12/3488.

(Zurufe von der SPD)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Herr Kollege Hardt hat für die CDU-Fraktion namentliche Abstimmung über die Beschlußempfehlung Drucksache 12/3488, also über den Gesetzentwurf in der vom Ausschuß zur zweiten Lesung beschlossenen und mit der Drucksache 12/3488 vorgelegten Fassung - natürlich unter Einbeziehung der Beschlußempfehlungen zu den Punkten 2 und 5 -, beantragt. Damit nehmen wir eine **namentliche Abstimmung** nach § 53 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung vor.

Ich bitte die Schriftführerin Frau Hüls, mit dem Namensaufruf zu beginnen. (C)

(Der Namensaufruf erfolgt.)

Meine Damen und Herren! Ich gebe Ihnen das **Ergebnis der namentlichen Abstimmung** über den **Gesetzentwurf Drucksache 12/3488** zur dritten Lesung bekannt. Mit Ja stimmten 119 Abgeordnete, mit Nein 82 Abgeordnete, 2 Stimmenthaltungen. Damit ist der Gesetzentwurf **in dritter Lesung** in namentlicher Abstimmung **verabschiedet**.

(Beifall bei der SPD)

Ich lasse über die vorliegenden Entschließungsanträge **abstimmen**, erstens über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **Drucksache 12/3509**. Wer stimmt dem Entschließungsantrag zu? - Die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? - Die CDU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Entschließungsantrag mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **angenommen** worden.

Wir stimmen ab über den **Entschließungsantrag** der CDU-Fraktion **Drucksache 12/3605**. Wer ist für diesen Entschließungsantrag? - Die CDU-Fraktion. Wer ist dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Entschließungsantrag mit den Stimmen von der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **abgelehnt**. (D)

Ich rufe auf:

**4 Gesetz über die Kosten der Fleisch- und Geflügelfleischhygiene (Fleisch- und Geflügelfleischhygienekostengesetz - FLGFLHKostG NW -)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 12/3154

Beschlußempfehlung und Bericht  
des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz  
Drucksache 12/3526

zweite Lesung